

- freie Journalisten von Zeitungsverlagen und anderen Medienunternehmern zu Unrecht als Selbständigerwerbende betrachtet worden sind;
- die AGRAP zu Unrecht freie Journalisten als Selbständigerwerbende registriert und damit Verleger von ihrer Beitragspflicht befreit hat?

510/87.982 I Stappung - N 4 im Knonauer Amt. Eröffnung
(17. Dezember 1987)

Enttäuscht und überrascht nimmt die Region Knonauer Amt, das Zürchervolk und der Zürcher Regierungsrat zur Kenntnis, dass der Bundesrat beschlossen hat, der Inbetriebnahme des Autobahnabschnittes der N 4 zwischen Cham und Knonau zuzustimmen.

Dadurch wird unbesehen von den Auswirkungen im Knonauer Amt eine Fahrzeugstromschleuse geöffnet. Man kommt nicht umhin anzunehmen, es liege in der Absicht des Bundesamtes für Strassenbau, das Knonauer Amt bzw. seine Dörfer im Autoverkehr ersticken zu lassen, um die Bevölkerung für die gesamte Strecke der N 4 «weizuklopfen».

Noch steht die Volksabstimmung über die Kleebattinitiative aus, welche eventuell den N 4-Plänen ein endgültiges Ende setzen wird.

Der Bundesrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum hat der Bundesrat, entgegen der Stellungnahme des Regierungsrates des Kantons Zürich, den Beschluss zur Eröffnung des Autobahn-Teilstückes Cham-Knonau gefasst?
2. Ist der Bundesrat auch der Auffassung, dass die Inbetriebnahme des fraglichen Autobahn-Teilstückes vor der Abstimmung über die Kleebattinitiative jedem Demokratieverständnis widerspricht?
3. Wie stellt sich der Bundesrat mit dem zusätzlichen Verkehr die Einhaltung der Luftreinhalteverordnung im Kanton Zürich vor, nachdem die Grenzwerte bereits heute überschritten sind?
4. Ist der Bundesrat bereit, das Autobahn-Teilstück Cham-Knonau sofort wieder zu schliessen, wenn die massgeblichen Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung in einer der Gemeinden Affoltern a. A., Birmensdorf, Hedingen oder Mettmenstetten, auch nur temporär, überschritten werden?

511/87.500 M Steffen - Offenlegung der Interessenbindungen der im Bundeshaus akkreditierten Pressevertreter
(18. Juni 1987)

Die Ratsbüros werden ersucht, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, bzw. die entsprechende Änderung des Ratsreglements vorzubereiten, damit die im Bundeshaus akkreditierten Pressevertreter in Anlehnung an das Geschäftsverkehrsgesetz Kapitel

^{1bis} ihre Interessenverbindungen wie parteipolitische Zugehörigkeit, Auftraggeber (Zeitungen, Verlage, Radio-, Fernsehanstalten usw.), Berufsverbandsmitgliedschaft und Tätigkeit in Führungs- und Aufsichtsgremien schweizerischer und ausländischer Körperschaften und Unternehmungen offenzulegen haben, wobei das Generalsekretariat der Bundesversammlung ein öffentliches Register führt, welches zu Beginn jedes Kalenderjahres auf den neuesten Stand zu bringen ist.

Mitunterzeichner: Meier Fritz, Ruf (2)

512/87.966 P Steinegger - Lufthygiene (15. Dezember 1987)

Der Bundesrat wird beauftragt, über den Stand der Lufthygienemessung in der Schweiz, deren Organisation sowie über die Koordination der Auswertung Bericht zu erstatten und die Schaffung einer eidgenössischen Anstalt für Lufthygiene zu prüfen.

Mitunterzeichner: Allenspach, Auer, Basler, Bircher, Blatter, Bonny, Bühler, Dormann, Eppenberger Susi, Fierz, Fischer-Häggligen, Fischer-Seenigen, Giger, Hess Peter, Hösli, Lanz, Loretan, Meier-Glattfelden, Mühlmann, Müller-Meilen, Müller-Wilberg, Nussbaumer, Petitpierre, Pini, Rebeaud, Ruffy, Rutishauser, Schmid, Seiler Rolf, Spälti, Spoerry, Stocker, Tschuppert, Wanner, Weber-Schwyz, Wyss Paul, Zwingli (37)

513/87.935 M Stucky - Nationalratslisten. Kautio
(3. Dezember 1987)

Der Bundesrat wird beauftragt, den eidgenössischen Räten eine Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte, Artikel 24, vorzulegen, wonach die Unterzeichner bei Einreichung des Wahlvorschlages eine Kautio von 5000 Franken zu hinterlegen haben, die an den Kanton verfällt, sofern die Liste weniger als 5 Prozent aller gültigen Stimmen erreicht.

514/87.961 I Stucky - Projekt GRAFICO der PTT
(14. Dezember 1987)

1. Teilt der Bundesrat die Meinung, dass die PTT, beschränkt auf ihre eigenen Zwecke, die Grundbuchpläne nur so weit digitalisieren und scannen soll, als die Kompatibilität mit dem öffentlichen Vermessungswerk sichergestellt ist und diese Unterlagen liefern kann?
2. Ist der Bundesrat bereit, das Bundesamt für Organisation mit der Sicherstellung der Koordination zu beauftragen?
3. Ist der Bundesrat bereit, die amtliche Vermessung gemäss Programm 2000 und RAV voranzutreiben und die vorübergehende Mehrarbeit möglichst durch Heranziehen privater Büros ausführen zu lassen?

515/87.353 M (Villiger)-Steinegger - Atomgesetzgebung. Revision (18. März 1987)

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage zur Revision des Bundesgesetzes über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz und des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz zu unterbreiten mit dem Zweck

- unter Abkehr von der heutigen polizeilichen Regelung das fakultative Referendum bei der Erstellung neuer Kernkraftwerke zu ermöglichen;
- geplante Kernkraftanlagen ohne nukleare Baubewilligung in die Neuregelung einzubeziehen;
- die Entschädigungsfragen für geplante Kernkraftanlagen zu regeln, für die aufgrund rechtskräftiger Bewilligungen des Bundes in guten Treuen Ausgaben getätigten worden sind, und welche wegen späterer Entscheide aufgrund der revidierten Atomgesetzgebung nicht realisiert werden können.

Mitunterzeichner: Schmidhalter, Steinegger (2)

1987 7. Dezember: Die Motion wird von Herrn Steinegger übernommen.

× 516/87.929 I Wanner - Publikation «Wald und Luft»
(30. November 1987)

Die jüngste Sanasila-Studie zeigt ein erneutes Anwachsen der Waldschäden. Anderseits ist vor wenigen Wochen eine Schrift «Wald und Luft» erschienen, die inbezug auf die Ursachen des Waldsterbens teilweise andere Gründe geltend macht als dies bis heute der Fall ist.

Ich bitte deshalb den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was ist von dieser Publikation zu halten, die immerhin mit einem Geleitwort eines ehemaligen Professors für Forstwirtschaft an der ETH versehen ist?
2. Sind die in dieser Schrift gemachten Aussagen haltbar und lassen sich diese wissenschaftlich begründen?
3. Hält der Bundesrat die momentane Strategie im Kampf gegen das Waldsterben für ausreichend oder drängen sich kurzfristig zusätzliche Massnahmen auf, die über die Verlängerung des «Borkenkäferbeschlusses» hinausgehen?

1987 18. Dezember: Die Interpellation ist erledigt durch die Auskünfte des Vertreters des Bundesrates (Hr. Cotti).

517/86.174 M (Weber Leo)-Seiler Rolf - Bau neuer SBB-Linien. Abschliessende Zuständigkeit der Bundesversammlung (16. Dezember 1986)

Der Bundesrat wird eingeladen, Artikel 2 des Gesetzes über die SBB dahin abzuändern, dass der Bau neuer Linien in die abschliessende Zuständigkeit der Bundesversammlung gelegt wird.

Wintersession 1987

Session d'hiver 1987

Sessione invernale 1987

In	Übersicht über die Verhandlungen
Dans	Résumé des délibérations
In	Riassunto delle deliberazioni
Jahr	1987
Année	
Anno	
Session	Wintersession 1987
Session	Session d'hiver 1987
Sessione	Sessione invernale 1987
Seite	1-110
Page	
Pagina	
Ref. No	110 001 559

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv und die Parlamentsdienste digitalisiert.
Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses et les Services du Parlement.
Il documento è stato digitalizzato dall'Archivio federale svizzero e dai Servizi del Parlamento.